

[Startseite](#) [Politik](#) [Empörung über Gaza-Offensive: London, Paris und Ottawa drohen Israel mit Sanktionen](#)

POLITIK

Empörung über Gaza-Offensive

London, Paris und Ottawa drohen Israel mit Sanktionen

19.05.2025, 21:44 Uhr

[Artikel anhören](#)[Artikel teilen](#)

Folgen auf:



Die neue israelische Militäroffensive im Gazastreifen stößt im Westen auf Empörung. Großbritannien, Frankreich und Kanada drohen Regierungschef Netanjahu mit Sanktionen. Unterdessen erreichen erstmals seit drei Monaten Lastwagen mit Hilfsgütern das Küstengebiet.

Die Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien und Kanada haben Israel wegen dessen Militäroffensive im Gazastreifen mit "konkreten Maßnahmen" gedroht. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der britische Regierungschef Keir Starmer und sein kanadischer Kollege Mark Carney erklärten gemeinsam, angesichts des "ungeheuerlichen" Vorgehens der israelischen Regierung im Gazastreifen nicht tatenlos zuzusehen.

"Wir sind entschlossen, einen palästinensischen Staat als Beitrag zur Realisierung einer Zweistaatenlösung anzuerkennen und wir sind bereit, mit anderen zu diesem Zweck zusammenzuarbeiten", hieß es in der gemeinsamen Mitteilung weiter.

Israel hatte Anfang März eine Blockade sämtlicher humanitären Hilfslieferungen in das Palästinensergebiet verhängt, woraufhin Hilfsorganisationen wiederholt vor einer Hungerkatastrophe warnten. Am Sonntag kündigte das Büro von Regierungschef Benjamin Netanjahu an, dass Israel wieder Hilfslieferungen zulassen werde.

Heute sagte Netanjahu, eine Hungersnot im Gazastreifen müsse "sowohl aus praktischen als auch aus diplomatischen Gründen" verhindert werden. Selbst die Freunde würden Israels "Bilder vom Massenhunger" nicht tolerieren. Zugleich erklärte Netanjahu, Israel werde Kontrolle über "das gesamte Territorium" des Gazastreifens übernehmen.

Die Stellungnahme der drei Staats- und Regierungschefs kritisierte Netanjahu: Sie böten einen "riesigen Preis für den völkermörderischen Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 und laden gleichzeitig zu weiteren solchen Gräueltaten ein", schrieb der Regierungschef bei X. Israel werde nicht von seinen Kriegszielen abweichen und "sich weiterhin mit gerechten Mitteln verteidigen, bis der vollständige Sieg errungen ist".

Am frühen Abend erreichten nach israelischen Angaben erstmals wieder Hilfslieferungen für die notleidende Bevölkerung den Gazastreifen. Fünf Lastwagen mit Hilfsgütern hätten das Küstengebiet nach einer gründlichen Sicherheitskontrolle über den Grenzübergang Kerem Schalom erreicht, teilte die für Palästinenserangelegenheiten zuständige Behörde Cogat mit. Israel wirft der islamistischen Hamas vor, Hilfsgüter gewinnbringend weiterzuverkaufen, um ihre Kämpfer und Waffen zu finanzieren.

Das Auswärtige Amt in Berlin und die Außenministerien von 21 weiteren Ländern forderten Israel am Abend zur einer vollständigen und sofortigen Wiederaufnahme der Hilfen für den Gazastreifen auf. Israel müsse "sofort eine vollständige Wiederaufnahme der Hilfen für den Gazastreifen" erlauben, hieß es in einer vom Auswärtigen Amt in Berlin veröffentlichten Erklärung von Ländern wie Frankreich, Kanada, Italien, Spanien, Schweden und Großbritannien.

Der Krieg im Gazastreifen war durch den Großangriff der Hamas und mit ihr verbündeter Kämpfer auf Israel am 7. Oktober 2023 ausgelöst worden, bei dem nach israelischen Angaben rund 1200 Menschen getötet und 251 Menschen als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt worden waren. Als Reaktion auf den Hamas-Überfall geht Israel seither massiv militärisch im Gazastreifen vor. Dabei wurden nach Hamas-Angaben, die nicht unabhängig überprüft werden können, bislang mehr als 53.400 Menschen getötet.

Quelle: ntv.de, jpe/AFP/dpa